

Herr Thienel erklärt zum Antrag der SPD-Fraktion, dass sie insbesondere im Hinblick auf den demographischen Wandel erwarten, dass ein Personalentwicklungskonzept erstellt wird. Zum Konzept gehört eine Aufstellung der altersbedingten Abgänge in den kommenden Jahren, beabsichtigten Ersatz mit eigenen Auszubildenden oder durch externe Einstellungen, mögliche Karriereplanungen für das vorhandene Personal sowie eine Aufzeichnung der Altersstruktur der Verwaltungsbeschäftigten.

Herr Utsch erklärt zum Antrag der FDP-Fraktion, dass sie zusätzlich zu den Erwartungen der SPD-Fraktion erfahren möchten, wie man sich die Verwaltung in zukünftigen Jahren vorstellt. Extern vergeben käme für sie ein Vergleich der Gemeinde mit anderen Gemeinden entsprechender Größe in Frage, um zu erkennen, wo Lücken zu schließen oder Überhänge abzubauen sind.

Herr Dr. Storch erläutert, dass das Haushaltssicherungskonzept nur verlassen werden kann, wenn ein Überschuss erwirtschaftet wird. Die Gemeinde ist personalmäßig nicht komfortabel ausgestattet, zusätzliches Personal kann aber die Erwirtschaftung von Überschüssen gefährden. Auch aus seiner Sicht wäre es wünschenswert, dass durch vorübergehende Doppelbesetzungen neue Mitarbeiter besser eingearbeitet werden können. Dem steht aber das Haushaltssicherungskonzept mit den Auflagen der Aufsichtsbehörde entgegen. Weiter weist er daraufhin, dass im Verwaltungsvorstand natürlich auch ständig über die zukünftige Personalentwicklung beraten wird, dies aber bisher nicht in der von den Parteien gewünschten Form niedergeschrieben ist.

Frau Zorlu erklärt, dass der Antrag auch den Hintergrund hat, dass die Gedanken der Verwaltung zur weiteren Entwicklung auch den politischen Gremien zugänglich gemacht werden. Neben dem Konzept gehören hierzu auch noch Angaben zu Motivation und Fortbildung der Beschäftigten. Eine externe Vergabe für ein Personalentwicklungskonzept kommt für die SPD-Fraktion nur in Frage, wenn die Verwaltung das Konzept nicht selber aufstellen kann.

Herr Derscheid weist ebenfalls daraufhin, dass sich der Verwaltungsvorstand regelmäßig mit der zukünftigen Entwicklung der Verwaltung befasst. Trotz dünner Personaldecke kann in einem Gesamtkonzept für die kommenden Jahre dargestellt werden, in welchen Bereichen eigene Auszubildende eingesetzt werden sollen und welche Bereiche extern besetzt werden müssen. Dass die Verwaltung den demographischen Wandel im Auge hat, erkennt man daran, dass zurzeit 7 Auszubildende beschäftigt sind. Vergleiche zwischen Gemeinden gleicher Größenordnung werden von der Gemeindeprüfungsanstalt anlässlich der turnusmäßigen Überprüfungen erstellt. Der Vergleich erfolgt aber immer nur für Teilbereiche, die von dort vorgegeben werden. Gegen Kostenerstattung könnte die Gemeindeprüfungsanstalt aber auch mit einem Gesamtvergleich beauftragt werden.

Auf weitere Fragen von Frau Zorlu und Herrn Böhm erklärt Herr Derscheid, dass ein Personalentwicklungskonzept in der 1. Hälfte 2018 in Zusammenarbeit mit dem Personalrat erstellt und den politischen Gremien vorgelegt wird.

Frau Pipke erklärt, dass die CDU-Fraktion beide Anträge unterstütze. Sie möchte wissen, wann die nächste Prüfung ansteht.

Herr Droppelmann weist daraufhin, dass es nach seinen Erfahrungen bei seinem Arbeitgeber schwierig bis unmöglich ist, Personal in bestimmten Bereichen zu gewinnen.

Herr Derscheid erwidert, dass es bisher gut gelungen ist, auch im Ingenieur- und Technikerbereich geeignete Beschäftigte einzustellen. Teilweise unmöglich ist die Besetzung von Teilzeitstellen im Schulbereich mit ausgebildeten Erzieherinnen. Dies liegt allerdings an den ungünstigen Arbeitszeiten nur an den Nachmittagen.

Auf Frage von Frau Zorlu, zu der nach der Vorlage angedachten internen Lösung für die Nachbesetzung im Bereich Kultur, erklärt Herr Derscheid, dass die Überlegungen im Verwaltungsvorstand, ob und wie ein gewisses Kulturprogramm erhalten werden kann, noch nicht abgeschlossen sind. Hierbei ist das Fachamt eingebunden. Einfluss wird auch der mögliche Umbau und damit einhergehend die Schließung des Theaters haben, da dadurch zwangsläufig das Kulturprogramm verkleinert werden muss.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.